

Information über die Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO für Schuldner

Herr Rechtsanwalt Dr. Frank Kreuznacht, Herr Rechtsanwalt Thore Voß, Frau Dipl.-Wirt.-Jur. (FH) Susanne Sterner und Frau Christine Wiegand, dienstansässig: Sperlichstr. 10, 48151 Münster, Untermarkt 23, 99974 Mühlhausen, Bahnhofstr. 25 a, 36037 Fulda, werden regelmäßig durch Insolvenzgerichte auf Grundlage von Beschlüssen zu (vorläufigen) Insolvenzverwaltern, Sachwaltern, Gutachtern oder Treuhändern in Insolvenzverfahren bestellt.

In diesem Zusammenhang informieren wir gemäß § Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über Folgendes:

Zum Zwecke der Durchführung des Insolvenzverfahrens werden personenbezogene Daten erhoben, gespeichert, übermittelt oder in anderer Weise verarbeitet. Die folgenden Ausführungen sollen Sie über den Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten informieren.

I. Verantwortliche

1. Bestellungen zum Sachwalter, vorläufigen Insolvenzverwalter und Gutachter

Im Falle einer Bestellung zum vorläufigen Insolvenzverwalter, Sachwalter – auch vorläufigen – und Gutachter ist für die Datenerhebung und Speicherung der Insolvenzschuldner bzw. die Insolvenzschuldnerin verantwortlich.

2. Bestellung zum Insolvenzverwalter

Bei einer Bestellung zum Insolvenzverwalter ist die jeweils durch Beschluss bestellte Person (Dr. Frank Kreuznacht, Thore Voß, Susanne Sterner, Christine Wiegand) für die Datenverarbeitung gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten der EU sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen verantwortlich. Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Verantwortlicher: Dr. Frank Kreuznacht
Adresse: c/o B·B·O·R·S | Rechtsanwälte, Sperlichstraße 10, 48151 Münster
Telefon: 0251/20803-0
Fax: 0251/20803-133
E-Mail: rechtsanwaelte@bbors-kreuznacht.de

Verantwortlicher: Thore Voß
Adresse: c/o B·B·O·R·S | Rechtsanwälte, Untermarkt 23, 99974 Mühlhausen
Telefon: 03601/8892-0
Fax: 03601/8892-11
E-Mail: rechtsanwaelte@bbors-kreuznacht.de

Verantwortlicher: Susanne Sterner
Adresse: c/o B·B·O·R·S | Rechtsanwälte, Untermarkt 23, 99974 Mühlhausen
Telefon: 03601/8892-0
Fax: 03601/8892-11
E-Mail: rechtsanwaelte@bbors-kreuznacht.de

Verantwortlicher: Christine Wiegand
Adresse: c/o B·B·O·R·S | Rechtsanwälte, Bahnhofstr. 25 a, 36037 Fulda
Telefon: 0661/291900-20
Fax: 0661/291900-50
E-Mail: rechtsanwaelte@bbors-kreuznacht.de

II. Datenschutzbeauftragter

Der zuständige Datenschutzbeauftragte der Kanzlei B. B. O. R. S. | Kreuznacht Rechtsanwälte Partnerschaft ist unter folgenden Kontaktdaten erreichbar:

E-Mail: datenschutz-muenster@bbors-kreuznacht.de

III. Zweck und Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Durchführung des Insolvenzverfahrens aufgrund der rechtlichen Verpflichtung nach Art. 6 Abs. 1 lit. c), die durch die jeweiligen gerichtlichen Beschlüsse dem Verantwortlichen auferlegt werden. Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt hierbei regelmäßig

- zum Zweck der Erfüllung unterschiedlicher gesetzlicher Verpflichtungen und insolvenzrechtlicher Vorgaben sowie zur Wahrnehmung von Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen und dem Verantwortlichen übertragen wurden, wie z.B.
 - die Erstellung von Gutachten, Berichten, Vermögensübersichten, Finanzplänen, Liquiditätsrechnungen, Sanierungskonzepten, Insolvenzplänen, Gläubigerlisten und Stellungnahmen,
 - die Prüfung von Insolvenzgründen, die Prüfung und ggf. Durchsetzung von Ansprüchen, die der Insolvenzmasse gegen Dritte zustehen, sowie die Prüfung und ggf. Abwehr von Ansprüchen, die Dritte gegen die Insolvenzmasse geltend machen,
 - die Fortführung, Sanierung und Übertragung eines Betriebes des Insolvenzschuldners (im Folgenden auch „Betroffener“),
 - die Abwicklung von Vertragsverhältnissen, insbesondere die Ausübung von Wahlrechten und Abgabe von Gestaltungserklärungen bezüglich vom Insolvenzschuldner geschlossener Verträge,
 - die Erfüllung öffentlich-rechtlicher Ordnungspflichten,
 - die Aussonderung nicht massezugehöriger Gegenstände, die abgesonderte Befriedigung von Gläubigern, die Führung der Insolvenztabelle, die Erfüllung von Masseverbindlichkeiten, die Vornahme von Abschlags- und Schlussverteilungen an Insolvenzgläubiger,
 - die Vornahme von Verwertungshandlungen, die Einholung und Erteilung von Auskünften sowie die Rechnungslegung,
 - die Korrespondenz mit Gerichten, Behörden, Finanzverwaltungen, Registerämtern, Kreditinstituten, Versicherungen, Insolvenzgläubigern und anderen am Insolvenzverfahren Beteiligten,
- zur Erfüllung von Verträgen, die der Insolvenzschuldner geschlossen hat und die der Insolvenzverwalter erfüllen darf oder muss,
- zur Wahrnehmung berechtigter Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, wie Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen und Mitarbeitern, Maßnahmen im Rahmen der Rechtsverfolgung, Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten, Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs des Verantwortlichen, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten.

Ohne Einwilligung des Betroffenen werden personenbezogene Daten nur verarbeitet, soweit die Verarbeitung zur ordnungsgemäßen Durchführung des Insolvenzverfahrens erforderlich und gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b - f DSGVO datenschutzrechtlich zulässig ist.

IV. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person eingeholt wird, dient Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a, 9 Abs. 2 lit. a (DSGVO) als Rechtsgrundlage.

Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, dient Art. 6 S. 1 Abs. 1 lit. b, 9 Abs. 2 lit. b DSGVO als Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind. Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist (*oder auf Grundlage gerichtlicher Beschlüsse*), der der Verantwortliche unterliegt, dient Art. 6 S. 1 Abs. 1 lit. c, 9 Abs. 2 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 S. 1 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage.

Sofern die Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde, dient Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO als Rechtsgrundlage.

Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so dient Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

V. Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

1. Sozietät des Verantwortlichen

Im Rahmen der Durchführung des Insolvenzverfahrens erhalten die Partner und Mitarbeiter der Sozietät

die Daten.

2. Weitere Empfänger personenbezogener Daten im Insolvenzverfahren

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens ist es regelmäßig erforderlich, Daten an folgende Kategorien von Empfängern weiterzugeben:

- Gerichte, Behörden, Finanzverwaltungen, Registerämter, Arbeitsagenturen, Sozialversicherungsträger, Rentenversicherungen, berufsständische Körperschaften (Kammern), Versorgungswerke, Berufsgenossenschaften,
- Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Leasinggesellschaften,
- Massegläubiger, aussonderungsberechtigte Gläubiger, absonderungsberechtigte Gläubiger, Insolvenzgläubiger, Gläubigerversammlung, Gläubigerausschuss,
- Statistikämter, Auskunftsteien,
- Verwertungsunternehmen, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwaltskanzleien, Inkassounternehmen, Sachverständige, Makler,
- Vertrags- und Geschäftspartner des Insolvenzschuldners, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Vermieter, Mieter,
- Anspruchsgegner, deren Vertreter und Bevollmächtigte.

VI. Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder gesperrt, sobald der Zweck der Speicherung entfällt, es sei denn, dass aufgrund von Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (z.B. HGB, StGB, AO, BRAO) eine Verpflichtung zu einer längeren Speicherung besteht oder der Betroffene in eine darüber hinausgehende Speicherung eingewilligt hat. Eine Speicherung kann darüber hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Eine Sperrung oder Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft.

VII. Betroffenenrechte

1. Auskunftsrecht

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- a) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- b) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- c) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- d) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- e) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- g) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;

- h) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und - zumindest in diesen Fällen - aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.

Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Löschung

a) Löschungspflicht

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a, 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor.
- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.

b) Information an Dritte

Hat der Verantwortliche die Sie betreffenden personenbezogenen Daten öffentlich gemacht und ist er gem. Art. 17 Abs. 1 DSGVO zu deren Löschung verpflichtet, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Implementierungskosten angemessene Maßnahmen, auch technischer Art, um für die Datenverarbeitung Verantwortliche, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass Sie als betroffene Person von ihnen die Löschung aller Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt haben.

c) Ausnahmen

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten - von ihrer Speicherung abgesehen - nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

5. Recht auf Unterrichtung

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie dem Verantwortlichen bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten. Außerdem haben Sie das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen, dem die personenbezogenen Daten bereitgestellt wurden, zu übermitteln, sofern

- (1) die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 9 Abs. 2 lit. a und b; DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und
- (2) die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

In Ausübung dieses Rechts haben Sie ferner das Recht, zu erwirken, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen einem anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist. Freiheiten und Rechte anderer Personen dürfen hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt nicht für eine Verarbeitung personenbezogener Daten, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde.

7. Widerspruchsrecht

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

8. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

9. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

VIII.

Bereitstellung von personenbezogenen Daten

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens sind Sie gemäß § 97 Abs. 1 InsO verpflichtet, dem Insolvenzverwalter über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse Auskunft zu geben. Sie haben auch Tatsachen zu offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Jedoch darf eine Auskunft, die Sie gemäß dieser Verpflichtung erteilen, in einem Strafverfahren oder in einem Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten gegen Sie oder einen in § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung bezeichneten Angehörigen nur mit Ihrer Zustimmung verwendet werden. Darüber hinaus sind Sie gemäß § 97 Abs. 2 InsO verpflichtet, den Insolvenzverwalter bei der Erfüllung von dessen Aufgaben zu unterstützen.

Die Erfüllung der in § 97 InsO normierten Verpflichtungen kann gemäß § 98 Abs. 2 InsO durch zwangsweise Vorführung und Haft erzwungen werden.